INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Regieren im Ausnahmezustand

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 70 vom 24. März 2022

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 70 vom 24. März 2022, S. 10, unter dem Titel:

"Erschüttertes Zukunftsvertrauen. Drei von vier Deutschen fühlen sich von Russland persönlich bedroht."

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Wachsende Kriegsangst
	A	2	Konjunkturerwartungen brechen ein
	A	3	Mehrheit für eine Verlängerung der Laufzeiten bei Kernkraftwerken
	A	4	Überwiegend gutes Zeugnis für die bisherige Arbeit der Regierung in der Unkraine-Krise
	A	5	Breite Unterstützung für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben
	A	6	Bilanz nach 100 Tagen Regierungswechsel fällt aufgrund der Krisensituation schwer
	A	7	Viele befürchten eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage
	A	8	Persönliche Nachteile durch die Klimapolitik der neuen Bundesregierung?
	A	9	Ampelkoalition wird noch überwiegend mit Skepsis betrachtet
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Schockwellen
		2	Persönliches Bedrohungsgefühl
		3	Versorgungsengpässe für Energie?
		4	Wachsender Rückhalt für die Politik des Kanzlers
		5	Geforderte und erwartete Fortschritte
		6	Rückhalt primär in den höheren sozialen Schichten

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Regieren im Ausnahmezustand

Die Bevölkerung steht unter Schock. Der Krieg gegen die Ukraine hat zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik nie erlebten Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus geführt. Nur noch 19 Prozent der Bevölkerung sind für die nächsten 12 Monate optimistisch gestimmt, die Mehrheit dagegen tief besorgt. Seit 1949 beobachtet das Institut für Demoskopie kontinuierlich die Stimmungslage der Bevölkerung. Immer wieder gab es Schockwellen, die den Zukunftsoptimismus der Bürger angriffen – am Beginn der Korea-Krieg, dann der Mauerbau, die Ölkrisen in den 70er und 80er Jahren, die Rezession am Beginn der 90er Jahre, die New Yorker Anschläge, die Finanzmarktkrise und zuletzt der Ausbruch der Pandemie. Niemals war das Zukunftsvertrauen jedoch so tief erschüttert wie zurzeit. Während der ersten Ölkrise waren bei aller Beunruhigung noch 30 Prozent für die nächsten 12 Monate optimistisch gestimmt, nach 9/11 31 Prozent, während der Finanzmarktkrise 34 Prozent und im ersten Jahr der Pandemie immerhin 39 Prozent – jetzt ist es nicht mal ein Fünftel der Bevölkerung.

Schaubild 1

Schon vor dem Ausbruch des Krieges war die Stimmung verhalten, aber jetzt kommt zu viel zusammen, um für die nähere Zukunft noch Raum für unbefangenen Optimismus zu lassen: die nicht enden wollende Pandemie, die hohe Inflation und nun der Ukraine-Krieg mit seinen unwägbaren Risiken. Der Ukraine-Krieg dominiert zurzeit die Sorgen der Bevölkerung. Dabei stehen Kriegsängste, die Furcht vor einer unmittelbaren Bedrohung, für die Deutschen nicht im Mittelpunkt, auch wenn sie unter dem Eindruck der Ereignisse signifikant zugenommen haben. Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges waren 19 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein neuer Weltkrieg durchaus ein realistisches Szenario ist, jetzt glaubt das jeder Dritte. Gegenläufig ist die Zuversicht, dass niemand mehr einen großen Krieg riskieren wird, von 51 auf 35 Prozent gefallen. Jeder Dritte fühlt sich durch das russische Vorgehen in der Ukraine persönlich stark bedroht, nur eine kleine Minderheit kaum oder gar nicht bedroht. 2014, als Russland die Krim annektierte, fühlten sich deutlich weniger Menschen persönlich bedroht, 40 Prozent überhaupt nicht bedroht.

Tabelle A 1

Schaubild 2

Mehr als akute Kriegsgefahren fürchten die Bürger jedoch die wirtschaftlichen Kollateralschäden und besonders Versorgungsengpässe bei den Energielieferungen. Die wirtschaftlichen Erwartungen sind gekippt. Im Februar rechneten annähernd 60 Prozent für die nächsten Monate mit einem Aufschwung oder zumindest einer stabilen Konjunktur. Jetzt gehen 63 Prozent der Bevölkerung von einem Abschwung aus, nur noch 15 Prozent von einer

Tabelle A 2

stabilen und ganze 7 Prozent von einer positiven Entwicklung auf Sicht der nächsten sechs Monate. Die Sorge über die Sicherheit der Energieversorgung überschattet alles. Nicht nur die Politik, auch die Bevölkerung hatte dieses Risiko in den letzten Jahren nie auf dem Schirm. Die große Mehrheit hielt die Versorgung für gesichert. Davon sind jetzt nur noch 6 Prozent überzeugt, während 86 Prozent Versorgungsengpässe befürchten. Als die Krim annektiert wurde, machten sich 35 Prozent der Bevölkerung Sorgen, dass sich diese Krise auf die Versorgungssicherheit Deutschlands auswirken könnte, jetzt über 80 Prozent. Die Sensibilisierung für die extreme Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen verändert die gesellschaftliche Debatte über Energiepolitik. Mittlerweile votiert die Mehrheit der Bevölkerung für eine Verlängerung der Laufzeit der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke über 2022 hinaus. Allerdings war schon vor Ausbruch des Krieges zu beobachten, dass die Unterstützung für die Energiewende in ihrer bisherigen Konzeption bröckelte.

Schaubild 3

Tabelle A 3

Die Koalitionspartner des Ampel-Bündnisses hätten sich wohl nicht träumen lassen, vor Herausforderungen zu stehen, die ihnen schon in den ersten Monaten eine neue Agenda diktieren und sie zu gravierenden programmatischen Korrekturen zwingen. In einem solchen Umfeld zu starten, ist in vieler Hinsicht riskant, auch in Bezug auf den Rückhalt der Bevölkerung und der eigenen Anhänger.

Bisher ist die Unterstützung für die Koalition jedoch weitgehend stabil und der Rückhalt für den neuen Kanzler wächst. Anfang Februar waren lediglich 23 Prozent der Bevölkerung mit der Politik von Olaf Scholz einverstanden; zu diesem Zeitpunkt gab es erhebliche Kritik und Zweifel an einer entschlossenen Führung der durchaus heterogenen Koalition. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ist der Rückhalt für Olaf Scholz und seinen politischen Kurs von 23 auf 38 Prozent gestiegen. Dies strahlt allerdings bisher nicht auf seine Partei aus; vielen ist bewusst, dass die bemerkenswerten Kurskorrekturen der Koalition und die Neupositionierung, die Olaf Scholz in seiner denkwürdigen Rede vom 27. Februar 2022 vornahm, nicht das Ergebnis eines parteipolitischen Willensbildungsprozesses waren, sondern im engsten Kreis beschlossen wurden.

Schaubild 4

Rund die Hälfte der Bevölkerung stellt der Regierung in der Ukraine-Krise ein gutes Zeugnis aus, nur jeder Dritte zieht eine kritische Bilanz. Überdurchschnittlich wird der Kurs der Regierung von den Anhängern der SPD und besonders der Grünen gestützt. Dies zeigt, dass der Kurswechsel, der Ukraine Waffen zu liefern, die Anhänger der Koalitionsparteien, in denen pazifistische Strömungen stark waren und teilweise noch sind, keineswegs verstört hat – im Gegenteil. Auch die Ankündigung, massiv in die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu investieren, wird von der Mehrheit der Anhänger der Regierungskoalition unterstützt, insbesondere von den Anhängern von SPD und FDP.

Tabelle A 5

Insgesamt tun sich die Bürger jedoch schwer, nach den ersten hundert Tagen eine Bilanz der Arbeit der neuen Koalition zu ziehen. 59 Prozent trauen sich noch kein Urteil zu, da die Regierung ihrem Eindruck nach bisher vor allem mit Krisenmanagement beschäftigt ist. Die Mehrheit attestiert der neuen Regierung durchaus den Willen zur Erneuerung des Landes und zur langfristigen Ausrichtung ihrer Politik. Gleichzeitig gibt es jedoch noch viele Zweifel, ob die neue Regierung den Problemen, mit denen sie konfrontiert ist, gewachsen sein wird.

Tabelle A 6

Die Felder, auf denen die Bürger wirksame Programme und Maßnahmen für dringlich halten, sind zahlreich und keineswegs auf die Herausforderungen der aktuellen Krisen begrenzt. An der Spitze steht die Sicherung der Energieversorgung, gefolgt von der langfristigen Stabilisierung des Rentensystems, der Bekämpfung der Inflation, der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Maßnahmen gegen die Pandemie und zur steuerlichen Entlastung der Bürger. 77 Prozent halten die Sicherung der Energieversorgung für vordringlich, zwei Drittel die Bekämpfung der Inflation, 63 Prozent die Bekämpfung der Pandemie, 60 Prozent auch steuerliche Entlastungsprogramme. Darüber hinaus misst die Mehrheit auch der Verringerung sozialer Unterschiede, dem Klimaschutz und der Forcierung der Digitalisierung große Bedeutung bei.

Schaubild 5

Schaubild 5

Das Zutrauen, dass die neue Regierung auf vielen dieser Felder das Land voranbringen wird, ist zurzeit noch begrenzt. Am ehesten traut ihr die Bevölkerung Fortschritte beim Klimaschutz zu sowie bei der Sicherung der Energieversorgung, der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Pandemiebekämpfung. In Bezug auf Klimaschutz halten 55 Prozent der Bevölkerung Fortschritte für dringlich, immerhin 48 Prozent trauen sie der Regierung zu. Der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit messen 46 Prozent große Bedeutung bei, 36 Prozent erwarten hier Fortschritte. Größer ist die Diskrepanz in Bezug auf die Sicherung der Energieversorgung und Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie: Während 77 Prozent die Sicherung der Energieversorgung für dringlich halten, erwarten nur 36 Prozent, dass es dabei in absehbarer Zeit Fortschritte gibt; bei der Bekämpfung der Pandemie müsste das Land nach Überzeugung von zwei Dritteln der Bürger vorangebracht werden, aber nur jeder Dritte erwartet auf diesem Feld spürbare Fortschritte. In vielen anderen Bereichen sind die Bürger noch skeptischer. Das gilt insbesondere für Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation, der Stabilisierung des Rentensystems, der Verringerung sozialer Unterschiede, dem Bürokratieabbau und für das Feld der inneren Sicherheit. So sind nur 10 Prozent überzeugt, dass es beim Bürokratieabbau merkliche Fortschritte geben wird; ebenso viele bzw. wenige glauben an Fortschritte bei der Verringerung sozialer Unterschiede, 13 Prozent bei der Bekämpfung

der Inflation und 16 Prozent bei der Stabilisierung des Rentensystems.

So ist die Resonanz der neuen Regierung nach den ersten hundert Tagen verhalten, auch wenn die Mehrheit ihr den Willen zuschreibt, das Land zu modernisieren. Noch überwiegen jedoch in vielen Bereichen die Zweifel, ob die Umsetzung gelingt – und es gibt durchaus weitverbreitet Sorgen, dass die Agenda der Ampelkoalition für die Bürger zu erheblichen finanziellen Lasten führen wird. 36 Prozent der Bevölkerung befürchten, dass sich ihre eigene wirtschaftliche Lage durch die Politik der neuen Regierung verschlechtern wird, lediglich 7 Prozent erhoffen sich finanzielle Vorteile. Wenn das Feld angesprochen wird, auf dem die Bevölkerung der Koalition mit Abstand am meisten Elan zutraut, die Klimapolitik, erwartet sogar jeder Zweite für sich persönlich Nachteile, in Ostdeutschland die große Mehrheit.

Tabelle A 7

Tabelle A 8

All das trägt dazu bei, dass sich die Regierungskoalition zwar nach wie vor auf die Mehrheit der Wähler stützen kann, aber gleichzeitig noch überwiegend mit Skepsis betrachtet wird. Nur 37 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die Ampelkoalition für das Land gut ist, 45 Prozent äußern dezidierte Zweifel. Die erste Reaktion unmittelbar nach der Etablierung der Koalition fiel jedoch noch skeptischer aus. Bei allen Wirren durch die sich in schneller Folge abwechselnden Krisen hat die Regierung zumindest tendenziell an Vertrauen gewonnen.

Tabelle B 1

Tabelle A 9

Aber dieses Vertrauen ist in bemerkenswertem Maße schichtgebunden, der Rückhalt der neuen Regierung kommt primär aus den höheren sozialen Schichten. Sie sind mehrheitlich überzeugt, dass der Regierungswechsel dem Land guttut und dass auch speziell diese Ampelkoalition eine vielversprechende Konstellation ist. Dieses Urteil fällen in den höheren sozialen Schichten 51 Prozent, in den schwächeren Schichten dagegen nur 32 Prozent. Die höheren sozialen Schichten haben auch weitaus mehr Vertrauen, dass die neue Regierung den Herausforderungen gewachsen ist, eine Überzeugung, die nur 31 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten teilen und auch nur 36 Prozent in der Mittelschicht.

Schaubild 6

Die auffallende Schichtgebundenheit der Resonanz dieser Koalition hat zum einen natürlich damit zu tun, dass zwei der Koalitionspartner weit überdurchschnittlich in den höheren sozialen Schichten verankert sind, die FDP und noch ausgeprägter die Grünen. Aber es ist auch die Agenda dieser Regierung und die Erwartung vieler, dass diese Agenda Opfer fordern wird. Während die höheren sozialen Schichten hoffen, dass vieles in Bewegung kommen wird, sorgen sich in den schwächeren sozialen Schichten viele, was das für sie bedeutet. Quer durch alle Schichten dominiert die Erwartung, dass sich die sozialen Unterschiede durch die Politik der Regierung vergrößern werden – für eine SPD-geführte Regierung eine erhebliche Herausforderung. Zurzeit ist nicht abschätzbar, wie sich der Rückhalt für die Regierung entwickeln wird,

wenn sie sich wieder verstärkt ihrer ursprünglichen Agenda zuwenden kann.

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1041
Befragungszeitraum:	9.3. bis 21.03.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Wachsende Kriegsangst

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, wir müssen damit rechnen, dass noch einmal ein neuer Weltkrieg kommt, oder glauben Sie, es wird niemand mehr einen großen Krieg riskieren?“

	Bevölkerung insgesamt	
	Februar 2022	März 2022
	%	%
Mit Weltkrieg rechnen	19	34
Wird niemand riskieren	51	35
Unentschieden	30	31
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049, 12051

Konjunkturerwartungen brechen ein

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 6 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"

	Bevölkerung insgesamt			
	Februar 2022	März 2022		
	%	%		
Eher bergauf	26	7		
			59	
Weder noch, bleibt gleich	33	15		22
Eher bergab	30	63		
Unentschieden	11	15		
	100	100		

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049, 12051

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Mehrheit für eine Verlängerung der Laufzeiten bei Kernkraftwerken

FRAGE: "Ende dieses Jahres werden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Nun hört man manchmal die Forderung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke über 2022 hinaus zu verlängern. Was meinen Sie: Sollte man die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland über 2022 hinaus verlängern, oder sollte man die letzten Kernkraftwerke dieses Jahr planmäßig abschalten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Laufzeiten verlängern	57
Planmäßig abschalten	25
Unentschieden	18
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051, März 2022

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Überwiegend gutes Zeugnis für die bisherige Arbeit der Bundesregierung in der Ukraine-Krise

FRAGE: "Wie bewerten Sie speziell die Arbeit der Bundesregierung in der Ukraine-Krise? Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier ..."

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
„sehr gute Arbeit“	5	3	9	2	9	x	1
„gute Arbeit“	44	43	53	37	55	32	17
„weniger gute Arbeit“	22	32	16	28	10	27	26
„gar keine gute Arbeit“	11	5	6	17	5	23	37
Unentschieden	18	17	16	16	21	18	19
	100	100	100	100	100	100	100

x = unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051, März 2022

Breite Unterstützung für die Erhöhung der Verteidigungsausgaben

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung hat angekündigt, 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr zu investieren und die jährlichen Verteidigungsausgaben in Zukunft deutlich anzuheben. Halten Sie das alles in allem für richtig oder nicht für richtig?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
Richtig	58	72	61	60	48	30	51
Nicht richtig	21	12	18	14	28	55	22
Unentschieden	21	16	21	26	24	15	27
	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051, März 2022

Bilanz nach 100 Tagen Regierungswechsel
fällt aufgrund der Krisensituation schwer

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier sind einmal verschiedene Aussagen aufgeschrieben, die wir über die neue Regierung gehört haben. Was davon würden auch Sie sagen?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Eigentlich kann man die Arbeit der neuen Regierung noch gar nicht richtig bewerten, weil sie bisher vor allem mit Krisenmanagement beschäftigt ist	**59**
Ich habe Zweifel, ob die neue Regierung den Problemen, vor denen wir stehen, wirklich gewachsen ist	57
Ich habe manchmal den Eindruck, dass sich die neue Regierung zu sehr auf den Klimaschutz konzentriert und andere wichtige Bereiche vernachlässigt	44
Der Regierungswechsel tut Deutschland gut	42
Es ist gut, mal neue Gesichter in verantwortlichen Positionen zu sehen	38
Ich finde, die neue Regierung ist zu blass, zu unscheinbar	32
Ich habe den Eindruck, dass sich die neue Regierung nur wenig für das einsetzt, was mir wichtig ist	31
Ich finde es bemerkenswert, wie reibungslos der Übergang von der alten zur neuen Regierung geklappt hat	27
Ich habe manchmal das Gefühl, die Regierung setzt sich zu stark für die Belange von Minderheiten ein, aber zu wenig für die Mehrheit der Bevölkerung	19
Ich finde, die neue Regierung vertritt die Interessen Deutschlands in der Außenpolitik nicht genug	17

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12050, Februar/März 2022

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Viele befürchten eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage

FRAGE: "Gehen Sie davon aus, dass sich Ihre eigene wirtschaftliche Lage durch die Vorhaben der neuen Regierung eher verbessern oder eher verschlechtern wird, oder wird sich ihre wirtschaftliche Lage dadurch nicht verändern?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Verbessern	7
Verschlechtern	36
Nicht verändern	43
Unentschieden	14
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12050, Februar/März 2022

Persönliche Nachteile durch die Klimapolitik der neuen Bundesregierung?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Rechnen Sie durch die Klimapolitik der neuen Regierung für sich persönlich eher mit Vorteilen, oder eher mit Nachteilen, oder weder noch?“

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Mit Vorteilen	7	8	3
Mit Nachteilen	49	46	61
Weder noch	34	36	25
Unentschieden	10	10	11
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12050, Februar/März 2022

Ampelkoalition wird noch überwiegend mit Skepsis betrachtet

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Halten Sie die Ampelkoalition aus SPD, den Grünen und FDP für gut für unser Land, oder haben Sie da Zweifel?

	Bevölkerung insgesamt	
	Okt./Nov. 2021	Feb./März 2022
	%	%
Gut für unser Land	32	37
Habe da Zweifel	48	45
Unentschieden	20	18
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12050, 12046

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU	FDP	SPD	Bü.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AfD	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl 24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl 26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.041 Personen.

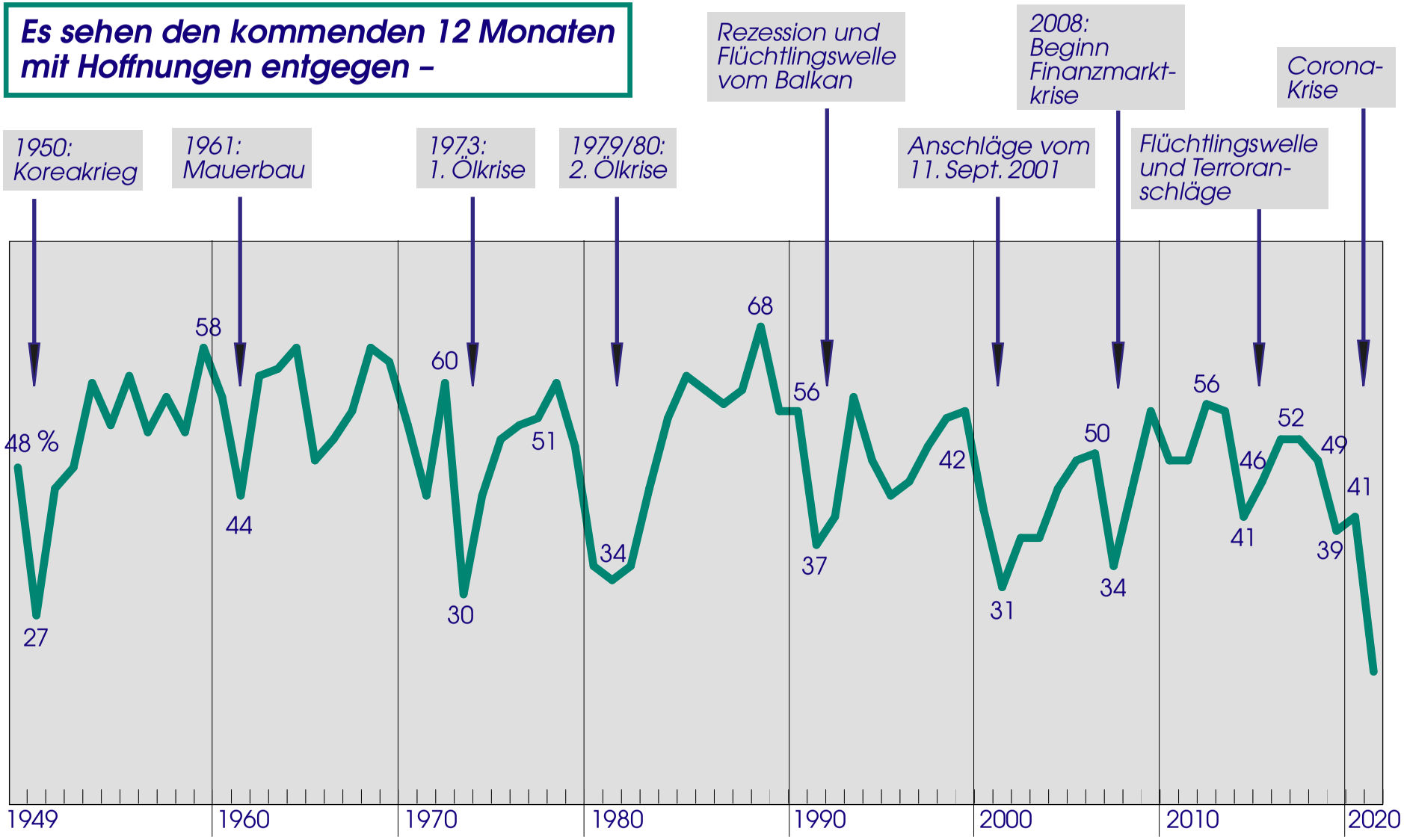
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12051

S c h a u b i l d e r

Schockwellen

Es sehen den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen –



März 2022: 19 %

Basis: Umfragen jeweils am Jahresende, 1949-1989: Westdeutschland, ab 1990 Gesamtdeutschland
Quelle: Allensbacher Archiv, zuletzt IfD-Umfrage 12051

© IfD-Allensbach

Schaubild 1

Persönliches Bedrohungsgefühl

Frage: "Wie stark fühlen Sie sich durch das russische Verhalten in der Ukraine bedroht? Fühlen Sie sich dadurch..."

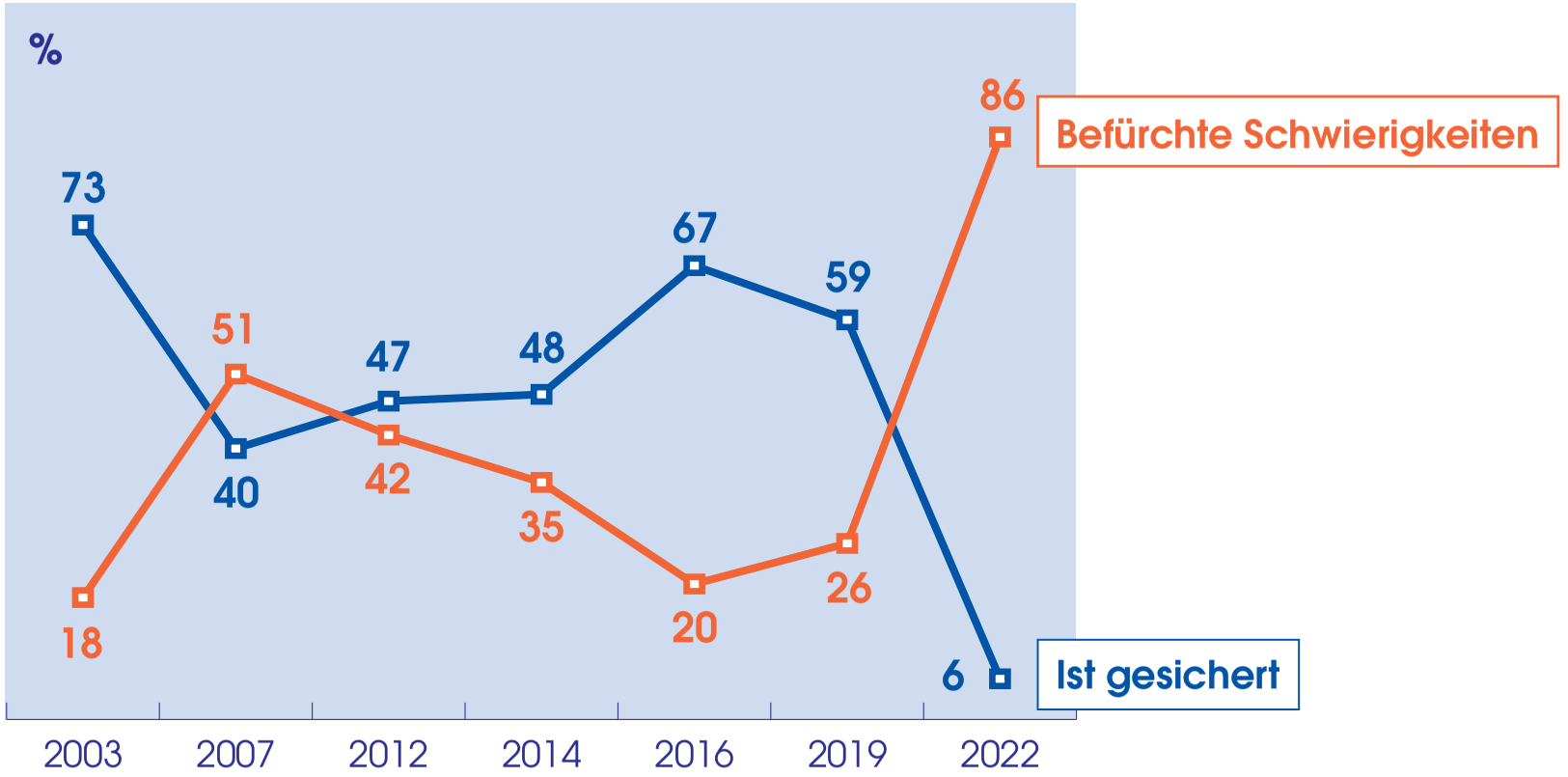
	Besetzung der Krim 2014	Krieg gegen die Ukraine 2022
	%	%
"stark bedroht"	**15**	**34**
"etwas bedroht"	**39**	**42**
“kaum, gar nicht bedroht”	**40**	**20**
Unentschieden, keine Angabe	**6**	**4**
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11024, 12051

© IfD-Allensbach

Versorgungsengpässe für Energie?

Frage: "Glauben Sie, dass unsere Versorgung mit Energie, also mit Strom, Gas, Heizöl und Benzin für die nächsten Jahre gesichert ist, oder fürchten Sie, dass es Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben wird?"

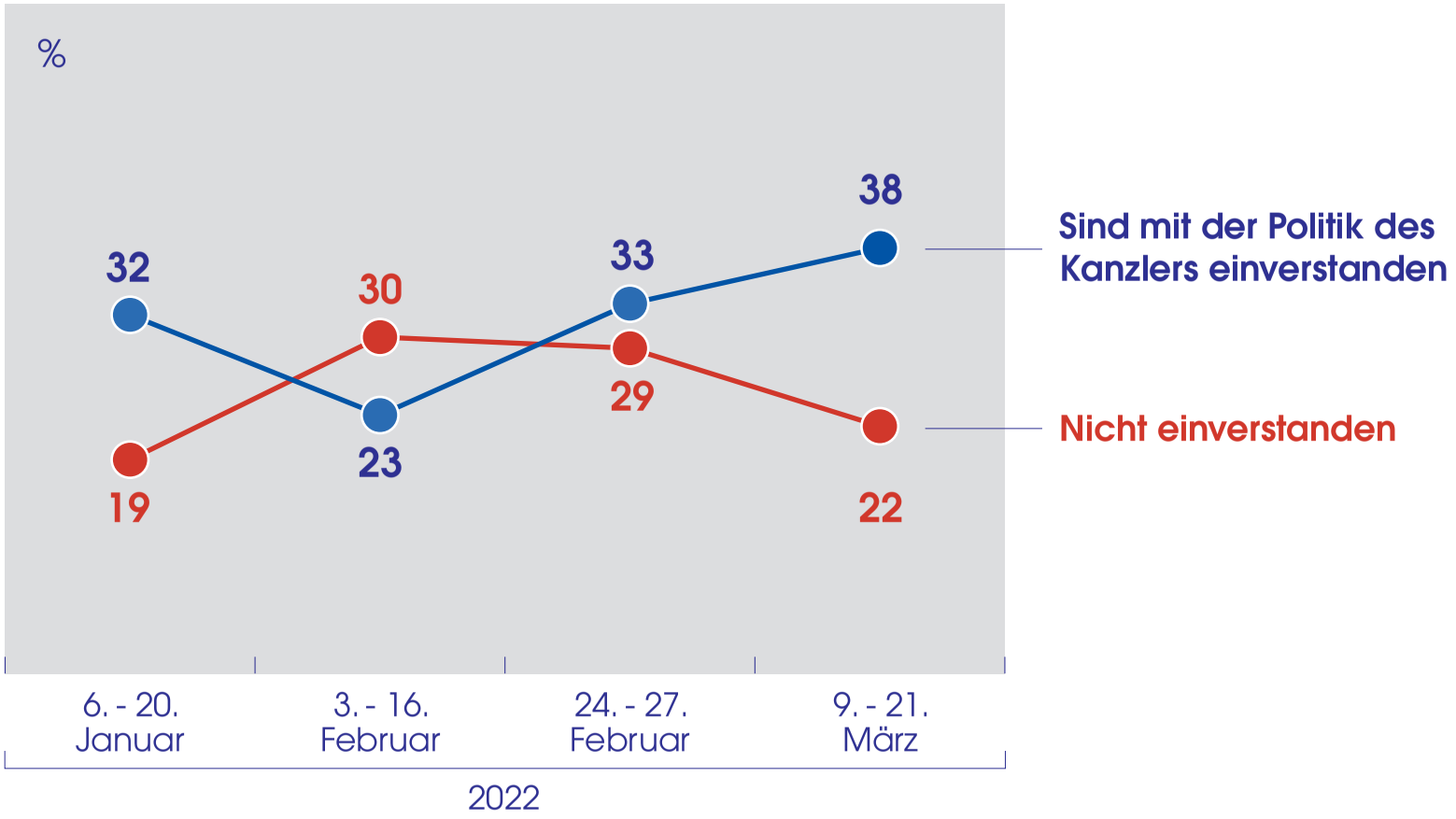


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12051

© IfD-Allensbach

Wachsender Rückhalt für die Politik des Kanzlers

Frage: "Eine Frage zu Bundeskanzler Scholz: Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Politik von Olaf Scholz einverstanden oder nicht einverstanden?"

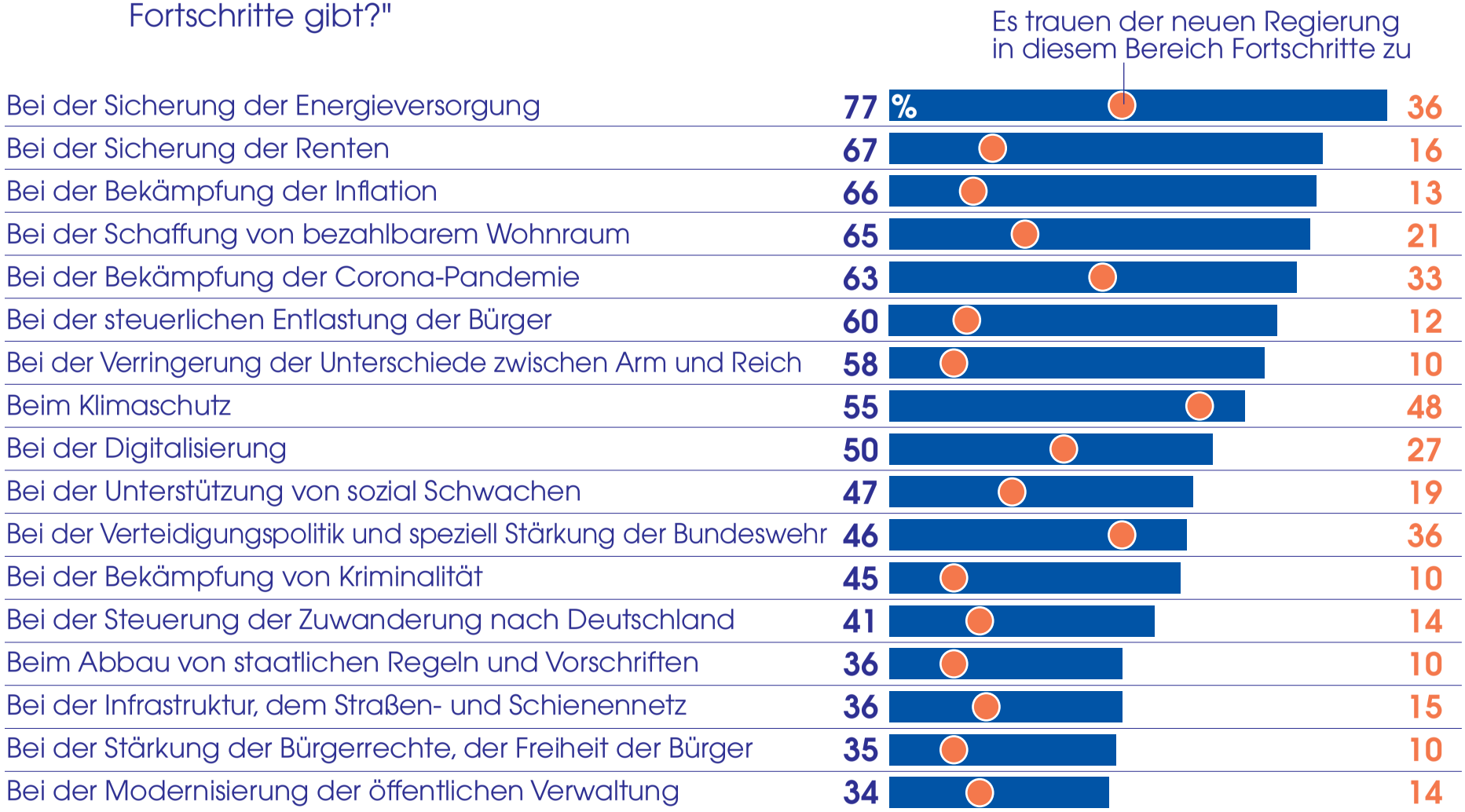


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12051

© IfD-Allensbach

Geforderte und erwartete Fortschritte

Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Politikbereiche. In welchen dieser Bereiche fänden Sie es wichtig, dass die neue Regierung das Land voranbringt, dass es dort Fortschritte gibt?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051

© IfD-Allensbach

Rückhalt primär in den höheren sozialen Schichten

	Sozioökonomischer Status		
	niedrig %	mittel %	hoch %
Der Regierungswechsel tut dem Land gut	**36**	**38**	**55**
Es ist gut, neue Gesichter in verantwortlichen Positionen zu sehen	**26**	**36**	**53**
Die Ampelkoalition ist gut für unser Land	**32**	**35**	**51**
Es trauen der Ampelkoalition zu, wichtige Herausforderungen des Landes zu bewältigen	**31**	**36**	**49**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage12050

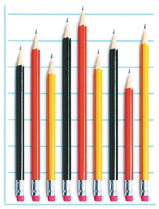
© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 70
vom 24. März 2022, S. 10, unter dem Titel:

"Erschüttertes Zukunftsvertrauen. Drei von vier Deutschen fühlen sich von Russland persönlich bedroht."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Erschüttertes Zukunftsvertrauen



Drei von vier Deutschen fühlen sich durch Russland persönlich bedroht.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Die Bevölkerung steht unter Schock. Der Krieg gegen die Ukraine hat zu einem in der Geschichte der Bundesrepublik nie erlebten Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus geführt. Nur noch 19 Prozent der Bevölkerung sind für die nächsten zwölf Monate optimistisch gestimmt, die Mehrheit ist dagegen tief besorgt. Seit 1949 beobachtet das Institut für Demoskopie die Stimmungslage der Bevölkerung. Immer wieder gab es Schockwellen, die den Zukunftsoptimismus angriffen: den Koreakrieg, den Mauerbau, die Ölkrisen in den 70er- und 80er-Jahren, die Rezession Anfang der 90er-Jahre, die New Yorker Anschläge, die Finanzmarktkrise und zuletzt den Ausbruch der Pandemie. Nie war das Zukunftsvertrauen indes so tief erschüttert wie zurzeit.

Die Stimmung war schon vor dem Ausbruch des Krieges verhalten. Aber jetzt kommt zu viel zusammen, um für die nähere Zukunft Raum für unbefangenen Optimismus zu lassen: die nicht enden wollende Pandemie, die hohe Inflation, nun der Ukrainekrieg mit seinen unwägbaren Risiken. Der Krieg dominiert die Sorgen. Dabei stehen für die Deutschen Kriegsängste, die Furcht vor einer unmittelbaren Bedrohung, nicht im Mittelpunkt, auch wenn sie unter dem Eindruck der Ereignisse signifikant zugenommen haben.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges waren 19 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein neuer Weltkrieg durchaus ein realistisches Szenario ist, jetzt glaubt das jeder Dritte. Gegenläufig ist die Zuversicht, dass niemand mehr einen großen Krieg riskieren wird, von 51 auf 35 Prozent gefallen. Jeder Dritte fühlt sich durch das russische Vorgehen in der Ukraine persönlich stark bedroht, nur eine kleine Minderheit kaum oder gar nicht. Als Russland 2014 die Krim annektierte, fühlten sich deutlich weniger persönlich bedroht, 40 Prozent überhaupt nicht.

Mehr als akute Kriegsgefahren fürchten die Bürger die wirtschaftlichen Kollateralschäden und besonders Versorgungsengpässe bei den Energielieferungen. Gekippt sind die wirtschaftlichen Erwartungen. Im Februar rechneten noch knapp 60 Prozent für die nächsten Monate mit einem Aufschwung oder zumindest einer stabilen Konjunktur. Jetzt gehen 63 Prozent von einem Abschwung aus, nur noch 15 Prozent von einer stabilen und ganze 7 Prozent von einer in den nächsten sechs Monaten positiven Entwicklung. Die Sorge über die Sicherheit der Energieversorgung überschattet alles. Die Politik hatte dieses Risiko in den letzten Jahren nie auf dem Schirm, auch nicht die Bevölkerung. Die große Mehrheit hielt die Versorgung für gesichert. Davon sind nur noch 6 Prozent überzeugt, 86 Prozent befürchten aber Versorgungsengpässe. Als die Krim annektiert wurde, machten sich 35 Prozent der Bevölkerung Sorgen, dass sich diese Krise auf die Versorgungssicherheit Deutschlands auswirken könnte, jetzt sind es 86 Prozent.

Die Sensibilisierung für die extreme Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen verändert die gesellschaftliche Debatte über Energiepolitik. Mittlerweile votiert die Mehrheit der Bevölkerung für eine Verlängerung der Laufzeit der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke über 2022 hinaus. Allerdings war schon vor Ausbruch des Krieges zu beobachten, dass die Unterstützung für die Energiewende in ihrer bisherigen Konzeption bröckelte.

Die Koalitionspartner des Ampelbündnisses hätten sich nicht träumen lassen, vor Herausforderungen zu stehen, die ihnen schon in den ersten Monaten eine neue Agenda diktieren und sie zu gravierenden programmatischen Korrekturen zwingen. In einem solchen Umfeld zu starten ist in vieler Hinsicht riskant, auch in Bezug auf den Rückhalt der Bevölkerung und der eigenen Anhänger. Bisher ist die Unterstützung für die Koalition jedoch weitgehend stabil, und der Rückhalt für den neuen Kanzler wächst. Anfang Februar waren lediglich 23 Prozent der Bevölkerung mit der Politik von Olaf Scholz einverstanden; es gab erhebliche Kritik und Zweifel an einer entschlossenen Führung der durchaus heterogenen Koalition. Seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges ist der Rückhalt für ihn und seinen politischen Kurs von 23 auf 38 Prozent gestiegen. Das strahlt bisher nicht auf seine Partei aus; vielen ist bewusst, dass die bemerkenswerten Kurskorrekturen der Koalition und die Neupositionierung, die Olaf Scholz in seiner denkwürdigen Rede vom 27. Februar 2022 vornahm, nicht das Ergebnis eines parteipolitischen Willensbildungsprozesses waren, sondern im engsten Kreis beschlossen wurden.

Jeder Zweite stellt der Regierung in der Ukrainekrise ein gutes Zeugnis aus, nur jeder Dritte zieht eine kritische Bilanz. Überdurchschnittlich stützen Anhänger der SPD und besonders der Grünen den Kurs der Regierung. Eine Mehrheit der Anhänger der Regierungskoalition, insbesondere der SPD und FDP, unterstützt auch die Ankündigung, massiv in die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu investieren.

Insgesamt tun sich die Bürger aber schwer, nach den ersten hundert Tagen eine Bilanz der Arbeit der neuen Koalition zu ziehen. 59 Prozent trauen sich noch kein Urteil zu, da die Regierung ihrem Eindruck nach bisher vor allem mit Krisenmanagement beschäftigt ist. Die Mehrheit attestiert der neuen Regierung durchaus den Willen zur Erneuerung des Landes. Gleichzeitig gibt es viele Zweifel, ob die neue Regierung den Problemen, mit denen sie konfrontiert ist, gewachsen sein wird.

Die Felder, auf denen die Bürger wirksame Programme und Maßnahmen für dringlich halten, sind zahlreich und keineswegs auf die Herausforderungen der aktuellen Krisen begrenzt. 77 Prozent halten die Sicherung der Energieversorgung für vordringlich, 67 Prozent die langfristige Stabilisierung des Rentensystems, 66 Prozent die Bekämpfung der Inflation, 65 Prozent die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, 63 Prozent die Bekämpfung der Pandemie, 60 Prozent auch steuerliche Entlastungen. Darüber hinaus misst die Mehrheit der Verringerung sozialer Unterschiede, dem Klimaschutz und der Forcierung der Digitalisierung große Bedeutung bei.

Zurzeit noch begrenzt ist das Zutrauen, dass die neue Regierung auf vielen Feldern das Land voranbringen wird. Am ehesten traut ihr die Bevölkerung Fortschritte bei der langfristigen Stabilisierung des Rentensystems und beim Klimaschutz zu sowie bei der Sicherung der Energieversorgung, der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Pandemiebekämpfung. Beim Klimaschutz halten 55 Prozent der Bevölkerung Fortschritte für dringlich, immerhin 48 Prozent trauen sie der Regierung auch zu. Der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit messen 46 Prozent große Bedeutung bei, 36 Prozent erwarten hier Fortschritte.

Größer ist die Diskrepanz bei der Sicherung der Energieversorgung und den Fortschritten bei der Bekämpfung der Pandemie: 77 Prozent halten die Sicherung der Energieversorgung für dringlich, nur 36 Prozent erwarten Fortschritte in absehbarer Zeit; bei der Bekämpfung der Pandemie müsste das Land nach Überzeugung von zwei Dritteln der Bürger vorangebracht werden, nur jeder Dritte erwartet jedoch spürbare Fortschritte. In vielen anderen Bereichen sind die Bürger noch skeptischer. Das gilt insbesondere bei der Bekämpfung der Inflation, der Stabilisierung des Rentensystems, der Verringerung sozialer Unterschiede, dem Bürokratieabbau und der inneren Sicherheit. Nur 10 Prozent sind überzeugt, dass es beim Bürokratieabbau merkliche Fortschritte geben wird; ebenso wenige glauben an Fortschritte bei der Verringerung sozialer Unterschiede, 13 Prozent bei der Bekämpfung der Inflation und 16 Prozent bei der Stabilisierung des Rentensystems.

Die Resonanz ist nach den ersten hundert Tagen verhalten, auch wenn die Mehrheit der neuen Regierung den Willen zuschreibt, das Land zu modernisieren. Noch überwiegen in vielen Bereichen die Zweifel, ob die Umsetzung gelingt. Weit verbreitet sind die Sorgen, dass die Agenda der Ampelkoalition zu erheblichen finanziellen Lasten für die Bürger führen wird. 36 Prozent befürchten, dass sich ihre eigene wirtschaftliche Lage durch die Politik der neuen Regierung verschlechtern wird, lediglich 7 Prozent erhoffen sich finanzielle Vorteile. Mit Abstand am meisten Elan traut die Bevölkerung der Koalition bei der Klimapolitik zu; jeder Zweite erwartet für sich aber persönlich Nachteile, in Ostdeutschland die große Mehrheit.

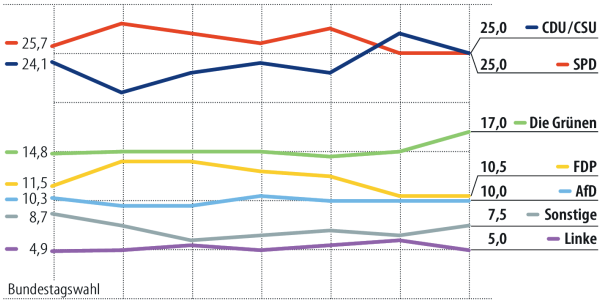
All das trägt dazu bei, dass sich die Regierungskoalition zwar unverändert auf die Mehrheit der Wähler stützen kann, gleichzeitig aber noch überwiegend mit Skepsis betrachtet wird. Nur 37 Prozent sind überzeugt, dass die Ampelkoalition gut für das Land ist, 45 Prozent äußern dezidierte Zweifel. Die erste Reaktion unmittelbar nach der Etablierung der Koalition fiel jedoch noch skeptischer aus. Bei allen Wirren durch die sich in schneller Folge abwechselnden Krisen hat die Regierung zumindest tendenziell an Vertrauen gewonnen.

Dieses Vertrauen ist in bemerkenswertem Maße schichtgebunden, der Rückhalt der neuen Regierung kommt primär aus den höheren sozialen Schichten. Sie sind mehrheitlich überzeugt, dass der Regierungswechsel dem Land guttut und dass diese Ampelkoalition eine vielversprechende Konstellation ist. Dieses Urteil fällen in den höheren sozialen Schichten 51 Prozent, in den schwächeren aber nur 32 Prozent. Die höheren sozialen Schichten haben auch weitaus mehr Vertrauen, dass die neue Regierung den Herausforderungen gewachsen ist, eine Überzeugung, die nur 31 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten teilen und auch nur 36 Prozent in der Mittelschicht.

Die auffallende Schichtgebundenheit der Resonanz dieser Koalition hat zum einen damit zu tun, dass zwei der Koalitionspartner weit überdurchschnittlich in den höheren sozialen Schichten verankert sind, die FDP und noch ausgeprägter die Grünen. Aber es ist auch die Agenda dieser Regierung und die Erwartung vieler, dass diese Agenda Opfer fordern wird. Die höheren sozialen Schichten hoffen, dass vieles in Bewegung kommen wird, in den schwächeren sorgen sich indes viele, was das für sie bedeutet. Quer durch alle Schichten dominiert die Erwartung, dass die Politik der Regierung die sozialen Unterschiede vergrößern wird – für eine SPD-geführte Regierung eine erhebliche Herausforderung. Zurzeit ist nicht abschätzbar, wie sich der Rückhalt für die Regierung entwickeln wird, wenn sie sich wieder verstärkt ihrer ursprünglichen Agenda zuwenden kann.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

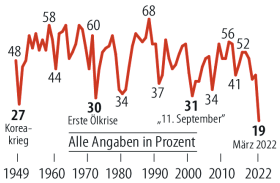


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 9. bis 21.3.2022, 1041 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik fbr.

Die Deutschen stehen unter Schock

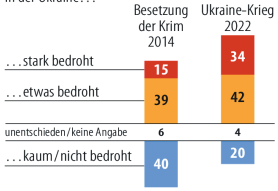
Die Hoffnung schwindet

Anteil, der mit Hoffnung auf die nahe Zukunft blickt



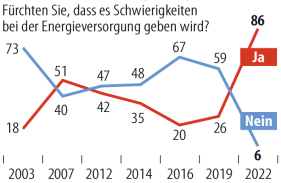
Viele fühlen sich bedroht

Ich fühle mich durch das russische Verhalten in der Ukraine . . .



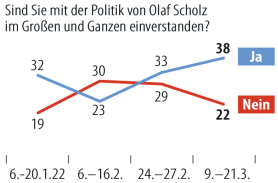
Mehrheit fürchet Energie-Engpass

Fürchten Sie, dass es Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben wird?



Kanzler Scholz bekommt mehr Rückhalt

Sind Sie mit der Politik von Olaf Scholz im Großen und Ganzen einverstanden?



Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Brocker

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2022, Politik, Seite 10

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2022. Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Archiv